

Niederschrift

SOZ/023/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 05.02.2025

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:03 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

Mitglieder:

Frau Maria Abakar-Kadade	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Ralf Gissel	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Günter Maaß	CDU	Ratsmitglied
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Frau Helga Niedoba	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Herrn Hans- Hermann Kwiecinski
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Mersch

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Sandra Roß		Stellv. Schriftführerin
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin

Gäste:

Herr Heiko Schomaker		
Herr Derwahl		
Herr Weber		
Herr Michael Welz		Wittekindshof
Herr König		Wittekindshof

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Der sachkundige Bürger Ralf Gissel wird als Mitglied des Sozialausschusses verpflichtet.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Herr Gausmann teilt mit, dass die Sitzung KI-gestützt aufgenommen und das Protokoll KI-gestützt entwickelt werde. Es gibt keine Einwände zu dem Vorgehen.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/022/2024 über die öffentliche Sitzung am 5. November 2024

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann informiert über das Thema "Housing First". Er berichtet von steigenden Zahlen wohnungsloser Menschen in Nordrhein-Westfalen und den Schwierigkeiten, ihnen Wohnungen zu vermitteln. Er stellt das LWL-Förderprojekt "Housing First" vor, das bedingungslose Mietverträge anbiete, auch für Personen, die beispielsweise nicht suchtfrei seien. Entsprechend der individuellen Bedarfe bekämen die betroffenen Menschen vor ihrem Einzug und in der Wohnung Hilfe und Beratungsangebote, um die langfristige Wohnstabilität zu sichern.

Der Caritasverband Rheine sei an die Stadt Rheine herangetreten mit dem Ziel, ein Housing-First-Projekt umzusetzen. Die Förderbedingungen des LWL schließen eine Koppelung von Miet- und Betreuungsverträgen durch Träger der Freien Wohlfahrtspflege aus. Durch den Abbau des städtischen Wohnungsbestandes für die Unterbringung von Geflüchteten sei die Idee entwickelt worden, ein passendes Wohnobjekt für ein Housing-First-Projekt zu nutzen, sodass die Stadt Rheine als Vermieterin auftrete und von der Förderung für die Herrichtung von Wohnraum profitiere. Insgesamt sei das Projekt für die Stadt Rheine kostenneutral.

Weiterhin erklärt Herr Gausmann, dass die Beantwortung des Fragenkatalogs der SPD-Fraktion zur Wertarbeit dem Protokoll (s. **Anlage 1**) beigelegt werde.

Die Anfrage der SPD-Fraktion zum kommunalen Integrationszentrum des Kreises Steinfurt werde ebenfalls dem Protokoll beigelegt, sofern bis dahin alle Antworten vorlägen. *Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in der nächsten Sozialausschusssitzung am 26.03.2025.*

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Es gibt keine Informationen aus dem Integrationsrat.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier informiert, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung am 25.11.2024 und am 23.01.2025 getagt habe.

Er berichtet über die Inhalte der letzten Sitzungen. Die neuen Mitglieder seien begrüßt worden, und Frau Wiggers habe den Beirat informiert, dass die Verwaltung eine/-n neue/-n Koordinator/-in für Menschen mit Behinderung suche und diese Stelle aktuell ausgeschrieben sei, weil die Stelleninhaberin den Arbeitgeber gewechselt habe.

Einige Mitglieder des Beirates haben an der Sozialkonferenz im Ludgerusforum teilgenommen. Es habe außerdem eine Besprechung bzgl. der Barrierefreiheit im Rathauszentrum II gegeben. Das Berufskolleg habe dem Beirat die Neubaumaßnahme vorgestellt. Eine Barrierefreiheit sei hier gewährleistet. Herr Meier informiert, dass es im Stadtgebiet zentrale Haltepunkte geben werde, an denen Bushaltestellen, Car-Sharing-Standorte und Fahrradständer zusammenkämen. Diese zentralen Haltepunkte würden stadtweit weiter ausgebaut werden.

Weiterhin teilt er mit, dass der Beirat eine Stellungnahme zum Umbau Staelscher Hof erstellt habe. Er informiert, dass es vom TV Jahn eine überregionale Vernetzung zum Thema Behindertensportarten gebe. Der Arbeitskreis Barrierefreie Mittel habe ebenfalls getagt.

Der Beirat habe auch eine Stellungnahme zur Barrierefreiheit der Elsa-Turnhalle erstellt. Die Turnhalle sei baulich nicht für Rollstuhlsport geeignet, da sie sich in der 1. Etage befinde und eine Evakuierung im Brandfall über das Treppenhaus erfolgen müsse. Hierfür gebe es allerdings nur Stellplätze für zwei Rollstuhlfahrer/-innen.

Am 05.05.2025 ist der Protesttag der Menschen mit Behinderung. Der Beirat werde sich daran wieder beteiligen. Ebenfalls sei eine Mitarbeit bei der interkulturellen Woche in 2025 geplant.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es berichtet, dass der Beirat sich zuletzt am 25.11.2024 getroffen habe. Der neue Fahrradbotschafter Eddy van Eeden habe sich dort vorgestellt. Für ihn sei die Sicherheit auf den Straßen sehr wichtig. Im März finde eine Mobilitätswoche statt. Sie erklärt, dass das Klimakonzept für Radverkehr vier Handlungsfelder beinhalte: Radverkehrsanlagen, Knotenpunkte, Rad-service und flankende Maßnahmen. Der Arbeitskreis Radverkehr erstelle eine Priorisierungsliste zu Einzel- und Dauermaßnahmen, um die Sicherheit in Rheine zu erhöhen. Es sei bemängelt worden, dass die Scooter in der Fußgängerzone zu schnell fahren würden und der Bus C9 zu voll sei, sodass Rollstühle nicht mehr herein passen würden.

Sie informiert, dass der Vortrag „den Tod ins Leben lassen“ von Frau Dr. Rodereit sehr gut besucht gewesen sei. Weitere Termine sollen folgen.

Sie weist darauf hin, dass der Kurzzeittarif in der Freibadsaison im Aqua Reni vom 01.05. bis 15.09. entfalle und deswegen viele Frühschwimmer nicht mehr schwimmen gingen, weil es zu teuer sei.

Der Seniorenbeirat beteilige sich an der 700-Jahr-Feier der Stadt Rheine.

Die Taschengeldbörse laufe gut. Am 12.02. komme die MV vorbei, um darüber zu berichten.

Am 19.02. finde eine Veranstaltung über die Verbraucherinitiative Gesundheit selbstbestimmt NRW im Stadtpark statt. Es würden Themen wie IGeL und elektronische Patientenakte besprochen werden.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Bögge teilt mit, dass der Familienbeirat in diesem Jahr noch nicht getagt habe, sich aber am Samstag, den 15.02.2025, ganztägig zu einer Klausurtagung treffen werde, um die Pläne für das Jahr vorzubereiten.

8. 3. Fortschreibung des Integrationskonzeptes
Vorlage: 026/25

Herr Gausmann bedankt sich bei allen, die bei der Fortschreibung mitgewirkt haben, und vor allem bei den ehrenamtlich tätigen Personen, die das Konzept mit Leben füllen und umsetzen. Er erklärt, dass das Integrationskonzept Handlungsempfehlungen beinhalte, welche konkretisiert und überprüfbar gemacht werden müssen. Dafür sei die Entwicklung von Kennzahlen und Zielen notwendig. Er teilt mit, dass die regelmäßige Fortschreibung des Konzeptes auch weiterhin geplant sei.

Frau Gehrke stellt in Vertretung von Frau Schmidt das Integrationskonzept vor (s. **Anlage 2**).

Frau Dursun lobt das Konzept und appelliert im Namen des Integrationsrates, dass nun schnellstmöglich in die Operationalisierung übergegangen werden müsse. Ziele müssen priorisiert und Netzwerke weiter ausgebaut und ausgestaltet werden.

Herr Gissel stellt fest, dass die Zielgruppe in dem Integrationskonzept Menschen mit Einwanderungsgeschichte seien und nicht mehr Menschen mit Migrationshintergrund, wie in der bisherigen Fortschreibung. Er fragt, wie hoch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheine sei.

Frau Lücke bedankt sich bei allen Akteuren, die an der Fortschreibung mitgearbeitet haben. Sie fragt, ob die Überschrift „10 Gebote“ von einer der beteiligten Gruppen in der Fortschreibung thematisiert wurde, weil diese Formulierung einer Religion zuzuordnen sei. Ebenso möchte sie wissen, wie der Dolmetscherpool und das Projekt Rucksackschule, welches beides mit dem Kommunalen Integrationszentrum des Kreises Steinfurt zusammenhinge, weiterginge, wenn bei der Evaluation des Kreises herauskäme, dass weniger Leistungen erbracht würden. Sie regt an, im Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft das Mentoring-Projekt auf weitere Firmen auszuweiten.

Herr Gausmann erklärt zu der Frage von Herrn Gissel die verschiedenen Begriffe im Bereich der Migration und teilt mit, dass in der Fortschreibung der Begriff Menschen mit Einwanderungsgeschichte gewählt wurde, um möglichst viele Personen damit einschließen zu können, denn all diese Menschen haben die gleichen Themen der Integration. Im Rahmen der klassischen Migrationsdebatten seien es rund 12 % der in Rheine lebenden Menschen, die als Menschen mit Migrationshintergrund gelten.

Er erklärt, dass der Begriff „10 Gebote“ nicht im Konzept stünde, sondern lediglich im Vortrag genutzt worden sei. Herr Gausmann teilt mit, dass das Projekt Rucksackschule in der Ludgerusschule umgesetzt werde und der Sprachmittlerpool Gesundheit ein eigener Sprachmittlerpool ohne Unterstützung des Kreises Steinfurt sei. Weitere Informationen könne er zu diesem Zeitpunkt nicht geben, die Evaluation des Kreises sei abzuwarten. Wichtig und gut sei, dass die Stadt Rheine ein eigenes Integrationskonzept habe, denn die Integration erfolge vor Ort in den Gemeinden und nicht auf Kreisebene.

Herr Gissel von der FDP teilt mit, dass er das Konzept gelungen und sehr gut finde. Er erklärt, dass ihm die Operationalisierungsebene und eine Selbstkontrolle im Hinblick auf die Erreichbarkeit von Zielen und den Einsatz von Ressource fehlen. Er stellt den Antrag, im Handlungsfeld 8 „Professionalisierung und Steuerung“ das Handlungsziel 1.1.2 wie folgt mit aufzunehmen: Die Steuerungsgruppe unterstützt die Teams der übrigen sieben Handlungsfelder darin, die in ihrem jeweiligen Handlungsfeld formulierten Handlungsziele auch im Hinblick auf konkrete Fallzahlen zu operationalisieren und hier realistische Zielvorgaben zu erarbeiten, die eine fortlaufende Kontrolle und Optimierung der eingesetzten Ressourcen ermöglichen. Sie erarbeitet entsprechende Vorgaben auch für das eigene Handlungsfeld.

Verschiedene Ausschussmitglieder betonen, dass es bei der nächsten Kommunal- und Integrationsratswahl wichtig sei, Menschen mit Migrationshintergrund für die Arbeit in den Beiräten zu gewinnen.

Herr Murali regt an, im Rahmen der kommenden Wahl zu prüfen, ob es eine Person gebe, die das Amt der/des Migrationsbeauftragte/-n übernehmen wolle.

Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und DIE LINKE sprechen sich für den Antrag der FDP aus. Die Fraktionsmitglieder diskutieren über die Lesbarkeit und die Formulierung des Antrags.

Herr Gausmann schlägt vor, den Antrag als Ergänzung zum Beschlussvorschlag mit aufzunehmen und die Verwaltung erstelle eine Ergänzungsvorlage für den Rat.

Beschluss:

1. Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, nach Vorberatung im Sozialausschuss die 3. Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Rheine zu beschließen.
2. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die 3. Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Rheine unter Ergänzung des Handlungsziel 1.1.2 im Handlungsfeld 8 „Professionalisierung und Steuerung“: *Die Steuerungsgruppe unterstützt die Teams der übrigen sieben Handlungsfelder darin, die in ihrem jeweiligen Handlungsfeld formulierten Handlungsziele auch im Hinblick auf konkrete Fallzahlen zu operationalisieren und hier realistische Zielvorgaben zu erarbeiten, die eine fortlaufende Kontrolle und Optimierung der eingesetzten Ressourcen ermöglichen. Sie erarbeitet entsprechende Vorgaben auch für das eigene Handlungsfeld.* zu beschließen
3. Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Integrationsrates und des Sozialausschusses die 3. Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Rheine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Vorstellung der Einrichtung für Menschen mit Behinderung in der Eschendorfer Aue Vorlage: 030/25

Herr Gausmann begrüßt die Gäste und teilt mit, dass letzte Woche der Spatenstich für den Bau der Wohnungen erfolgt sei, in denen 16 Menschen mit Behinderung einen Platz finden würden. Für die Einrichtung einer 24er-Wohneinheit gebe es aktuell ebenfalls gute Gespräche.

Herr Derwahl, Herr König, Herr Weber und Herr Welz stellen die Einrichtung für Menschen mit Behinderung in der Eschendorfer Aue vor (**Anlage 3**).

Herr Azevedo fragt, wie entschieden werde, wer zu dem Konzept passe.

Herr Weber erklärt, dass das multiprofessionelle Team entscheiden werde, wer in die Wohnform einziehen dürfe. Das Team setze sich aus einem Fachdienst mit Psychologen und einem Sozialdienst zusammen, welche die Bewerber/-innen und Angehörigen bzw. gesetzlichen Betreuer/-innen zunächst einmal beraten und eine Einschätzung abgeben, ob dieses Konzept etwas für sie sei. Teilweise würden auch andere Beratungsstellen, Träger vor Ort oder der Landschaftsverband mit einbezogen.

Frau Eggenkämper fragt, ob alle 16 Plätze schon vergeben seien.

Herr Weber erklärt, dass noch kein Platz vergeben sei. Es gebe eine Bewerberliste, die zunächst durchgeschaut werde. Zunächst müsse die Einrichtung aber erst einmal gebaut werden, und dann erfolge die Auswahl der Personen. Es gebe schon 29 Bewerber/-innen aus Rheine und Umgebung.

Frau Lücke fragt, ob es Aufnahmekriterien neben den individuellen Bedarfen der Menschen gebe, die bei der Auswahl zugrunde gelegt werden. Weiterhin fragt sie, wie der Vorgehensweg sei, wenn festgestellt würde, dass die Wohnform aufgrund der hohen Bedarfe nicht mehr die richtige sei. Frau Lücke fragt ebenfalls, ob der Wittekindshof aktiv auf Pflegedienste in der Region zugehen werde, um Schnittstellen zu der Einrichtung herzustellen.

Herr Weber erklärt, dass es ein Konzept gebe, wonach die Personen ausgewählt würden. Beispielsweise gebe es lediglich zwei Wohnungen, die barrierefrei und für Menschen mit Rollstuhl geeignet seien. Daneben würde geschaut werden, ob beispielsweise Partner sich beworben haben, die gemeinsam einziehen würden, oder Menschen, die befreundet sind oder zusammen die Schule besucht haben.

Das Ziel bei der Belegung der Plätze sei, dass das Zusammenleben in der Einrichtung mit den Menschen gut klappe. Hier sei die Unterstützungsleistung durch den Träger sehr unterschiedlich – von kleinsten Hilfestellungen bis hin zu einer dauerhaften Pflege durch einen externen Pflegedienst. Die Ausschlusskriterien seien sehr gering gefasst.

Er erklärt, dass der Wittekindshof nicht aktiv auf andere Träger zugehe, es sei denn, sie würden von den Menschen dazu beauftragt werden. Die Menschen, die dort einzögen, müssten sich um diese Dinge zusammen mit den Angehörigen oder Betreuern kümmern. Sobald sie in der Wohnform wohnen würden, erfolge aber eine enge Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren im Sinne des Menschen.

Die Fraktionen im Sozialausschuss bedanken sich bei den Vortragenden und freuen sich, bald eine solche Wohnform in Rheine zu haben.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführung zur Kenntnis.

10. Arbeits- und Projektplanung 2025 für den Sozialausschuss Vorlage: 019/25

Herr Gausmann erklärt, dass die Arbeits- und Projektplanung flexibel gestaltbar sei und an politische sowie praktische Gegebenheiten angepasst werden könne.

Er weist darauf hin, dass viele Themen aus dem Integrationskonzept auch in der Arbeits- und Projektplanung wiederzufinden seien und dadurch eine gewisse Überprüfung im laufenden Jahr möglich sei.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Arbeits- und Projektplanung 2025 zur Kenntnis.

11. Kommunalwahl 2025: Bildung eines Integrationsrates Vorlage: 028/25

Frau Gehrke verweist auf die Vorlage und teilt mit, dass sich der Integrationsrat in der letzten Sitzung für die Beibehaltung des Integrationsrates als gesetzliche Möglichkeit und gegen einen gesonderten Ratsbeschluss zur Bildung eines Integrationsausschusses ausgesprochen habe.

Frau Gehrke erklärt, dass der Integrationsrat so die Möglichkeit habe, sich mit allen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in Rheine zu befassen, wie beispielsweise Wohnen, Arbeit, Kulturangebote und Sport. Bei der Bildung eines Integrationsausschusses müsste er in die Zuständigkeitsordnung des Rates und der Ausschüsse aufgenommen werden, und es müsse geklärt werden, worüber der Integrationsausschuss beraten solle.

Ein Vorteil des Integrationsrates sei es, dass dieser Anträge an den Rat und die Ausschüsse stellen und sachkundige Einwohner/-innen in die Ausschüsse entsenden könne, um dort die Belange des Integrationsrates zu vertreten.

Frau Gehrke berichtet, dass die Verwaltung verschiedene Aktivitäten zur Unterstützung und Bekanntmachung des Integrationsrates für die kommende Kommunalwahl vorbereite, und bittet die Mitglieder des Sozialausschusses, ebenfalls Personen anzusprechen und von einer Mitarbeit in den verschiedenen Beiräten und der Wahrnehmung des Wahlrechts zu überzeugen.

Es wird empfohlen, die in der Hauptsatzung definierte Mitgliederzahl von 12 gewählten Migrantinnenvertreterinnen/Migrantenvertretern und 6 politischen Vertreterinnen/Vertretern beizubehalten, da dies eine arbeitsfähige Größe sei. Die Möglichkeit, dass der Integrationsrat für die gewählten Migrantinnenvertreter/-innen direkt Stellvertreter/-innen wählen könne, erhöhe die Attraktivität des Gremiums und ermögliche eine bessere Arbeitsteilung sowie eine gute Kontinuität, auch im Falle des Ausscheidens von Mitgliedern aus beruflichen oder persönlichen Gründen.

Beschluss:

1. Der Integrationsrat
2. der Sozialausschuss
3. der Rat

nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Auf der Basis der gesetzlichen Vorgaben des § 27 Absatz 1 der Gemeindeordnung NW wird in Rheine ein Integrationsrat gebildet.

12. Anfragen und Anregungen

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

Ende öffentliche Sitzung: 18:49 Uhr

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Sandra Roß
stellvertr. Schriftführerin

